Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,20 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtrage- und Bestellgebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 50. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" **Wilsdruff-Dresden** Postscheck: Dresden 2640 **Dienstag, den 1. März 1927**

Moskau an London.

Die russische Regierung hat geglaubt, auf einen groben Klotz einen groben Keil in Anwendung bringen zu müssen. War die Note, die vor einigen Tagen durch das englische Kabinett nach Moskau gerichtet war, auch entschieden genug, so ist die Antwort, die London jetzt von dort erhielt, noch viel deutlicher. Würden sich zwei Länder früher derartige Noten zugesandt haben, so würde man ohne weiteres mit einem bevorstehenden Krieg gerechnet haben; aber...

Was vorauszusehen war, ist geschehen: die Sowjetregierung antwortet auf die englische Drohung, die diplomatischen Beziehungen mit Rußland zu lösen und den englisch-russischen Handelsvertrag zu kündigen, mit einem ziemlich höhnischen: „Bitte sehr! Wenn ihr durchaus wollt, dann haben wir in Moskau nichts dagegen! Dann mag die englische Regierung die Verantwortung dafür tragen, wenn sie Beziehungen zerstört, deren Aufrechterhaltung im Interesse beider Länder liegt."

Und nun packt Litwinow, der Verantwortliche für die Antwort, gründlich aus in einer Form, die eine gewisse diplomatische Hemdärmeligkeit darstellt.. Die Note spricht von der „fixen Idee" Englands, daß allüberall in der Welt, wo das englische Imperium Schwierigkeiten habe, nun sofort die Sowjetregierung und ihre Agenten als die Schürer, Hetzer und eigentlich Schuldigen bezeichnet werden. Und man holt sofort zum Gegenhieb aus, indem in der Note nun eine ganze Reihe scharf antirussischer Äußerungen aufgeführt werden, die von führenden englischen Staatsmännern getan worden sind. Weiter geht es in diesem lieblichen Ton: „Die Anormalität der englisch-russischen Beziehungen ist auch die Folge davon, daß die britische Regierung in ihrer Note an Rußland bewußt von den allgemein üblichen internationalen Normen und Gepflogenheiten und selbst elementaren Anstandsregeln abweicht und von Zeit zu Zeit an die Sowjetregierung allgemein gehaltene unbegründete Anschuldigungen richtet, auch sich erlaubt, mit der Sowjetregierung im Ton einer Drohung mit einem Ultimatum zu reden." Dann kommt es faustdick; die russische Regierung erhebt nämlich die Beschuldigung, einzelne Mitglieder des Londoner Kabinetts suchen sich mit „ehemaligen zaristischen Diplomaten und Vertretern der Gegenrevolution" zu verständigen, die an ein erneutes Eingreifen hinarbeiten. Derartige Versuche aber „gestatten der öffentlichen Meinung der Sowjetunion nicht, jene Rolle zu vergessen, die Großbritannien bei der ersten Intervention gespielt" habe. Wenn schließlich auch von einem „unerhörten und präzedenzlosen Ton" gesprochen wird, den die englische Note gegen den russischen Volkskommissar des Auswärtigen, Tschitscherin angeschlagen habe, so wirkt der Schluß der Antwort Rußlands fast als Ironie, sich nämlich bemühen zu wollen sämtliche Differenzen zwischen den beiden Ländern zu beseitigen und wirklich normale Beziehungen herzustellen.

Man hat sich also gegenseitig mit erfrischender Deutlichkeit die Meinung gesagt; denn der abgrundtiefe Gegensatz zwischen den angelsächsischen Staaten und Sowjetrußland, zwischen West und Ost wird in diesem Notenwechsel klar genug enthüllt. Daß nun aber irgend etwas wirklich geschieht, daß die englische Regierung ihre Drohungen wahr macht, ist ebenso unwahrscheinlich wie etwa der in der russischen Note angedeutete Interventionsversuch mit Hilfe der russischen Emigranten. Was in den Jahren 1918 bis 1920 nicht glückte, gelingt jetzt noch viel weniger, das weiß man in London ebenso genau wie in — Moskau, wo man ganz zweifellos auch jene Sätze in der Antwortnote, die diese angeblichen Verhandlungen mit Emigranten berühren, selbst nicht ernst nimmt. England hat Sorgen genug, als daß es wagen könnte, sich in ein neues, so gut wie aussichtsloses Abenteuer, zu stürzen. Demgemäß bezeichnet auch die englische Presse diese Antwortnote zwar als beleidigend und praktisch inhaltslos, vollgestopft mit falschen Behauptungen, lehnt es aber ab, den Meinungsstreit fortzusetzen. Diese ganze Aktion dient daher nicht gerade einer Förderung des englischen Ansehens.

•

Eine scharfe Note Litwinows.

Abbruch der russisch-englischen Handelsbeziehungen?

Die russische Regierung hat sich mit ihrer Antwort auf die englischen Vorwürfe einer antienglischen Propaganda sehr beeilt. Sie hat dem englischen Geschäftsträger in Moskau jetzt eine Note zugehen lassen, deren Inhalt nunmehr bekannt wird, die die englischen Beschuldigungen abweist, sich selbst gegen die englische Regierung richtet und feststellt, daß England sich einen unerhörten und beispiellosen Ton gegenüber dem russischen Außenminister erlaube.

Die russische Antwortnote wird natürlich im Englischen Unterhaus zur Sprache gebracht werden, wobei von seiten der Regierung eine Erklärung über die englisch-russischen Beziehungen abgegeben werden wird. Welche Schritte England auf die Note Rußlands hin unternehmen wird, ist noch nicht bestimmt. Jedenfalls steht fest, daß man in politischen Kreisen Englands damit rechnet, daß die englische Regierung die in ihrer Note ausgesprochenen Drohungen nach Annullierung des Handelsabkommens wahrmachen, während sie die diplomatischen Beziehungen weiterbestehen lassen wird. Reuter weiß zu melden, daß von einem Teil der englischen Regierung, der bereits die englische Note für viel zu milde gehalten hat, die russische Antwort als unverschämt betrachtet wird.

Als unverschämt bezeichnet auch ein Teil der Presse die russische Note, ferner finden sich übereinstimmend in der öffentlichen Meinung Englands bezüglich der russischen Antwort die Ausdrücke „frech, arrogant und herausfordernd". Allerdings sind die Kritiken der Blätter ziemlich vorsichtig gehalten und mit verschwindenden Ausnahmen findet sich kein Blatt, das der Regierung den Abbruch der Beziehungen zu Rußland anempfehlen würde.

*

Dr. Stresemann ist beunruhigt.

Deutschland und die englisch-russischen Beziehungen.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" schreibt: Die Besorgnis der deutschen öffentlichen Meinung über die gegenwärtige Spannung der englisch-russischen Beziehungen wird, wie ich höre, von der deutschen Regierung und dem deutschen Auswärtigen Amt geteilt. Herr Stresemann selbst soll sehr beunruhigt sein und die Möglichkeit seiner Rückkehr nach Berlin vor dem Zusammentreten des Völkerbundrates, auf dessen Tagung er den Vorsitz führen wird, erwägen. Inzwischen hat er Lord d'Abernon einen Besuch abgestattet, der in der Lage gewesen sein dürfte, den deutschen Minister bezüglich irgendwelcher grundsätzlicher Mißverständnisse zu beruhigen, die in Berlin hinsichtlich der Grundsätze der britischen Politik entstanden sind.

Der Korrespondent erklärt für unrichtig die in Deutschland und in Europa verbreiteten Nachrichten, daß Großbritannien Polen eine Anleihe von zehn Millionen Pfund Sterling versprochen habe, wofür Polen englisches statt wie bisher französisches Kriegsmaterial kaufen werde, zweitens, daß Großbritannien, welches Polen als Sturmbock gegen Rußland zu gebrauchen wünsche, versprochen habe, keine Revision der deutsch-polnischen Grenzen während einer Periode von 15 bis 25 Jahren zuzulassen, und drittens, daß das Fehlen einer Bezugnahme auf die Rheinraumräumung auf der Tagesordnung des Völkerbundrates auf polnischen Druck zurückzuführen sei.

Stresemanns Reise nach Genf

Staatssekretär v. Schubert in San Remo.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Berlin, 28. Februar. Der deutsche Außenminister wird sich, wie nunmehr ziemlich endgültig feststeht, von San Remo aus Anfang nächster Woche voraussichtlich direkt nach Genf begeben, um dort den Vorsitz auf der Ratstagung des Völkerbundes zu führen. Morgen oder übermorgen wird der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, v. Schubert, nach San Remo fahren, um den Minister vor der Genfer Tagung noch einmal persönlich zu sprechen. Ob der Staatssekretär dann erst noch einmal nach Berlin kommt oder von San Remo aus den Minister nach Genf begleitet, steht noch nicht fest. Wohl aber rechnet man in politischen Kreisen damit, daß der deutsche Gesandte in Warschau, der, wie gemeldet, morgen von Berlin nach Warschau zurückkehrt, wahrscheinlich ebenfalls nach Genf fahren wird, da dort Besprechungen zwischen dem deutschen und dem polnischen Außenminister in Aussicht genommen sind. An diesen würden dann wahrscheinlich auch v. Schubert und der deutsche Gesandte Rauscher teilnehmen, da zurzeit während der Unterbrechung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen alle auf die deutsch-polnischen Wirtschaftsinteressen bezüglichen Fragen von der deutschen Gesandtschaft in Warschau behandelt werden.

•

Briand und Chamberlain reisen nach Genf.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Paris, 28. Februar. Wie in gut unterrichteten Kreisen verlautet, wird sich Briand am 6. März nach Genf begeben, wo er vermutlich zwei bis drei Tage bleiben wird. Auch die Anwesenheit Chamberlains wird sich nicht länger ausdehnen.

Keine Kündigung des englisch-russischen Handelsabkommens.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Riga, 28. Februar. Nach Meldungen aus Moskau wird in Kreisen, die der Sowjetregierung nahestehen, eine Kündigung des russisch-englischen Handelsabkommens durch England, wenn überhaupt, so doch nicht vor der nächsten Woche, erwartet. Offiziell verlautet, daß die Sowjetregierung unter den gegebenen Umständen keinerlei neue Schritte beabsichtigt, solange die britische Regierung nicht erklärt, daß der Zwischenfall erledigt sei.

Keine englische Antwort auf die Sowjetnote.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

London, 28. Februar. Chamberlain teilte heute nachmittag im Unterhause mit, daß die Regierung keine Antwort auf die russische Note beabsichtige. Auf eine Anfrage erwiderte Baldwin, daß sich demnächst eine Gelegenheit zur Besprechung der russischen Frage bieten werde.

Keine Annahme der Eigentumsbill vor 1928.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Neuyork, 28. Februar. Der Senat, der am 4. März auseinandergeht, hat die Beratung der Eigentumsbill von der Tagesordnung abgesetzt, so daß, wenn nicht etwas ganz Unvorhergesehenes geschieht, die Bill in dieser Sitzungsperiode nicht mehr zur Verhandlung kommt. Dies bedeutet den Sieg der Obstruktion und die Verschiebung der Bill mindestens bis zum Ende des Jahres. Die Eigentumsvorlage dürfte demnach bis nach den Präsidentenwahlen 1928 überhaupt keine Aussicht auf Annahme haben.

Der englische Oberkommandierende in Schanghai.

Neue Befestigungen der Engländer und Franzosen.

Das Truppentransportschiff „Megantic" mit dem Oberkommandierenden der für Schanghai bestimmten englischen Truppen, Generalmajor Duncan, an Bord ist in Schanghai eingetroffen. Er hat nach seiner Ausschiffung eine militärische Besprechung abgehalten und dann mit seinem Stab die Verteidigungsanlagen besichtigt. Generalmajor Duncan ist nach seiner Ankunft in Schanghai erkrankt und liegt mit leichtem Fieber in seinem Hotel zu Bett. Die britischen Truppen haben die Verteidigungslinie auf 20 Meilen um die Niederlassung herum ausgedehnt, also sich weiter in chinesischem Hoheitsgebiet eingegraben. Sie sind zum Teil im amerikanischen Country Klub einquartiert. Die Franzosen verstärken ihre Stacheldrahtverhaue, die sich jetzt um die ganze Konzession herumziehen.

Dem Quai d'Orsay liegt ein amtliches Telegramm aus Peking vor, nach dem die Offensive der kantonesischen Armee zum Stillstand gekommen ist. Das Eintreffen der nordchinesischen Truppen hat es der Armee des Marschalls Sun gestattet, 20 Kilometer vor Schanghai eine feste Stellung zu beziehen und zu halten.

Zentrum und Bayerische Volkspartei.

Auf dem Wege zu einer Arbeitsgemeinschaft.

In politischen Kreisen sind seit einiger Zeit Gerüchte verbreitet, die von einer Annäherung zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei wissen wollten. Diese Gerüchte scheinen auf Tatsachen zu beruhen, denn es haben in den letzten Wochen Verhandlungen stattgefunden, die das Ziel verfolgen, zunächst eine Arbeitsgemeinschaft der beiden Reichstagsfraktionen herbeizuführen, um bei politischen Entscheidungen das Schwergewicht ihrer politischen Kraft gemeinsam zur Wirksamkeit zu bringen. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat sich, wie die Germania meldet, bereits einstimmig für die Schaffung der Arbeitsgemeinschaft ausgesprochen, ebenso die Fraktion der Bayerischen Volkspartei. Die Verhandlungen nehmen einen guten Verlauf und nähern sich, wie das Blatt weiter zu melden weiß, ihrem Ziele. Die einzigen Schwierigkeiten bieten nur noch die Verhältnisse in der Pfalz, wo sich der Zwiespalt zwischen den beiden Parteien am stärksten ausgedrückt hat. Doch hofft man, daß auch hier die Schwierigkeiten behoben werden würden. Die Germania betont weiter, daß die Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft zwischen den beiden Reichstagsfraktionen einen verheißungsvollen Anfang zur politischen Einigung des deutschen Katholizismus darstellt, was um so mehr zu begrüßen sei, als der Liberalismus vorkriegsmäßiger Färbung sich in Deutschland wieder zu regen beginne und seinen Einfluß

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF